

Haushaltsrede 2011

CDU-Fraktion --- 10. März 2011

Sehr geehrte Damen und Herren des Rates,

Herr Bürgermeister, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,

sehr geehrte Vertreter der Presse!

Der Zeitpunkt für die Verabschiedung des Haushaltes 2011 hätte nicht besser gewählt werden können! Beginn der Fastenzeit! Während sich jedoch die Christen bis Ostern freiwillig Einschränkungen und Entsagungen auferlegen, müssen wir als Bürgervertreter haushaltspolitisch unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern zumuten, sich von lieb gewonnenen Serviceleistungen der Gemeinde zu verabschieden. Und das nicht nur bis Ostern, sondern vermutlich für die nächsten Jahre!

Jean Paul Getty hat einmal gesagt: „Sparmaßnahmen muss man dann ergreifen, wenn man viel Geld verdient. Sobald man in den roten Zahlen ist, ist es zu spät.“ Hier drängt sich die Frage auf, ist es auch für Ostbevern zu spät?

Wir als CDU haben es für richtig und auch ehrlicher gehalten, schon 2009 vor der Wahl auf eine zu erwartende Verschlechterung der Gemeindefinanzen hinzuweisen. Ehrgeizige Investitionsvorhaben wie den Rathausneubau haben wir schon damals als nicht finanzierbar abgelehnt, während der Bürgermeister mit seiner Ampel noch das „Rathaus aus einem Guss“ für die einzig mögliche Alternative erklärte. Wer eine ablehnende Haltung einnahm wurde als „Miesmacher“ bzw. „Nachtreter“ verunglimpft!

Bürgermeister Schindler merkte am 16. Dezember 2010 bei Einbringung des Haushaltes zur Finanzlage der Gemeinde hoffnungsvoll an:

„Die endgültige Gesundung steht noch aus, der Patient ist optimistisch gesehen – auf dem Weg der Besserung“

Leider – so geht aus der Haushaltsrede des Bürgermeisters hervor – glaubte dieser selbst nicht an Besserung! Drei Zeilen weiter umschrieb er die Situation plakativ mit der Schlagzeile:

„Tafelsilber umständehalber abzugeben“

Ahnte er schon damals, dass ihm aus Düsseldorf von der neuen Landesregierung mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 am Tag vor Weihnachten eine Hiobsbotschaft ins Haus flattern würde, die der Gemeinde eine Minderung der Landeszuweisungen € 600.000 bescherte. Ohne vorherige parlamentarische Beratung und Diskussion mit dem Städte und Gemeindebund hat die Landesregierung den Verteilungsmodus – vor allem beim Soziallastenansatz – geändert, was ausschließlich zu Lasten der kreisangehörigen Kommunen geht.

Darüber hinaus legte die „rotgrüne“ Landesregierung neue Hebesätze für Grundsteuer A und B sowie die Gewerbesteuer fest. So soll auch Ostbevern gezwungen werden, diese gemeindlichen Steuern zu erhöhen, was wiederum insbesondere zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit der Kommunen im ländlichen Raum geht.

Dabei können wir von Glück reden, dass diese Mindererträge durch eine geringere Kreisumlage teilweise aufgefangen werden. Laut Berechnung der Verwaltung ist dadurch nur von einer Nettoverschlechterung von 330.000 € auszugehen. Evtl. ist noch mit einer weiteren Minderung durch geringere Landschaftsumlagen zu rechnen.

Die den Kommunen aus Bundesgesetzen aufgebürdeten finanziellen Lasten müssen für die Gemeinden kostenneutral gestaltet werden und wir als CDU alles daransetzen, dass unsere Bundesregierung in Berlin keine Gesetze auf Kosten der Gemeinden beschließt bzw. die bereits entstandenen finanziellen Nachteile den Kommunen ausgleicht. Wer die Musik bestellt muss sie auch bezahlen!

Dieser finanzpolitische Eingriff aus Düsseldorf und Berlin in die wirtschaftliche Zukunft darf nicht zu einem völligen Verlust des eigenständigen kommunalen Gestaltungsspielraumes führen. Dies hätte unter Umständen fatale Folgen für die Bereitschaft vieler Mitbürgerinnen und Mitbürger, sich in der Kommunalpolitik zu engagieren. Gegen eine solche Entwicklung müssen die Entscheidungsträger in Land und Bund kämpfen, denn der Bürgerzorn sie treffen!

Andererseits dürfen wir uns auch nicht verleiten lassen so zu tun, als könne die Gemeinde selbst nichts zur Abwendung des wirtschaftlichen Kollapses – sprich Haushaltssicherung – tun. Aussagen wie: „Wir haben kein Ausgaben- sondern ein Einnahmenproblem“ helfen uns nicht weiter. Insbesondere dann nicht, wenn man ausschließlich um Hilfe von außen ruft!

Fangen wir bei dem **Einnahmenproblem** an!

Auf die fehlenden Gelder aus Düsseldorf brauchen wir an dieser Stelle nicht nochmals einzugehen. Aber was ist mit den gemeindlichen Einnahmequellen? Müssen wir sofort dem Druck der derzeitigen Landesregierung folgen, die uns durch Hochsetzung der Hebesätze praktisch zu einer Anhebung zwingt? Als verantwortliche Kommunalpolitiker sind zunächst die Auswirkungen auf die Wirtschaft in Ostbevern zu prüfen. Können uns evtl. entstehende Standortnachteile langfristig sogar Mindereinnahmen trotz höherer Hebesätze bescheren, weil sich Betriebe aus steuerlichen Gründen von Ostbevern verabschieden. Ohne zu wissen, was in der Nachbarschaft – und dazu zählen auch unsere direkten Nachbarn in Niedersachsen – mit den Steuern geschieht, wäre es leichtfertig, für das Haushaltsjahr 2011 Erhöhungsentscheidungen zu treffen. Und hier nehmen wir keine der gemeindlichen Steuerarten aus! Deshalb haben wir auch den Antrag der Grünen abgelehnt, die Grundsteuer B zu erhöhen. Eine Anhebung auf den neuen fiktiven Hebesatz hätte eine Mehreinnahme von ca. 90.000 € zur Folge. Wir als CDU-Fraktion werden über die gemeindlichen Steuern erst dann diskutieren, wenn wir uns einen kompletten Überblick über die Steuerlandschaft im Kreis Warendorf und den Nachbarkreisen verschafft haben. Isolierte Steueranhebungen vorab für Hausbesitzer in Ostbevern können wir nicht unterstützen! Es ist nicht richtig, wenn wir dort die Steuerschraube

zuerst anziehen, wo auch viele sozial schwache Mitbürgerinnen und Mitbürger, sprich Mieter, betroffen sind!

Gespannt sind wir auf das zukünftige Verhalten der FDP zu Steuererhöhungen. Wenn sie publikumswirksam generell und ohne zeitlichen Horizont erklärt:

„Steuererhöhung kommt nicht in Frage“

wird sie sich ggf. in Widerspruch zu ihrem Bürgermeister Schindler stellen müssen, der in der HFA-Sitzung bereits angekündigt hat, für 2012 ein Steuerpaket zu schnüren und dem Rat zur Abstimmung vorzulegen. Wird hier die FDP von ihrer absolut erklärten Ablehnung abweichen oder ihren Bürgermeister im Regen stehen lassen?

Die im Rahmen des Bürgerhaushaltes beobachtete Freude an der Kreierung neuer Steuern findet nicht die Unterstützung der CDU-Fraktion. Ob bei Katzen-, Pferde- oder sonstiger neu vorgeschlagener Steuerarten steht der Verwaltungsaufwand in keinem vertretbaren Nutzen zum Ertrag und beinhaltet bei einer Einführung vielfach noch ein erhebliches Maß an Rechtsunsicherheit. Dennoch sollte auch weiterhin der Bürger in die Diskussion einbezogen werden!

Leider ist – wie von der Verwaltung in der Vorlage zur Haushaltsberatung im HFA ausgeführt – eine erneute Verschlechterung im Gewerbesteueraufkommen zu erwarten. Bereits in 2010 lag das Gewerbesteueraufkommen um 1,1 Mio. € unter dem geplanten Ansatz. Nach neuesten Erkenntnissen sieht sich die Verwaltung genötigt, das im Haushaltsentwurf im Dez. 2010 prognostizierte Gewerbesteueraufkommen von 4,0 Mio. € schon jetzt auf 3,25 Mio. € zu reduzieren. Hier muss die Frage erlaubt sein, sind die Haushaltsansätze auf der Einnahmenseite aus Kosmetikgründen in den letzten beiden Jahren vielleicht zu optimistisch dargestellt worden?

Die CDU-Fraktion möchte an dieser Stelle dem in Diskussionen geäußerten Verdacht widersprechen, die Gemeinde würde gerade in Zeiten knapper Kassen bei gemeindlichen Abgaben, Anliegerbeiträgen und ähnlichen Geldleistungen die Bürger abzocken. Derartige Beträge orientieren sich eindeutig am tatsächlich entstandenen Aufwand und – bei Straßen – an der Nutzungsqualität. Diese ist unabhängig von der Kassenlage und in Satzungen geregelt, die man nicht rückwirkend zur Verbesserung der Einnahmesituation ändern darf.

Wenn sich die Einnahmesituation nicht kurz- bis mittelfristig verbessern lässt, so ist bei solider Haushaltsführung die Ausgabenseite entsprechend anzupassen, um den Weg in die Haushaltssicherung zu vermeiden.

Ein Blick auf die Entwicklung der erwarteten Jahresfehlbeträge verdeutlicht, dass ein Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben fast unmöglich erscheint!

Nach dem im HFA vorgelegten Finanzzwischenbericht wird das Jahr 2010 mit einem Fehlbetrag von 3,87 Mio. € abschließen. Ging die Verwaltung im Entwurf des Haushaltsplanes 2011 noch von einem Fehlbetrag in Höhe von 2,79 Mio. € aus, so wurde er bis heute aufgrund der geschilderten Korrekturen bei Landeszuweisungen, Gewerbesteuerminderungen, Ausschussbeschlüssen usw. auf nunmehr 3.92 Mio. €

korrigiert. Nach den Prognosen werden sich die Jahresfehlbeträge in den Folgejahren wie folgt entwickeln:

2012	0,925 Mio. €
2013	2,058 Mio. €
2014	2,075 Mio. €

Diese Beträge reduzieren die „Allgemeine Rücklage“! Die Ausgleichsrücklage ist bereits aufgezehrt!

Meine Damen und Herrn,

nach diesem Überblick wird deutlich, dass auch bei leistungsgerechten Zuweisungen von Bund und Land diese Defizite nicht komplett ausgeglichen werden können.

Wir hoffen darauf, dass sich die Auftragsbücher unserer Unternehmen infolge des wirtschaftlichen Aufschwungs prall füllen und ihnen Geschäftsergebnisse bescheren, von denen auch die Gemeinde profitiert, indem das Gewerbesteueraufkommen wieder vormals gekannte Größenordnungen erreicht und vielleicht sogar übertrifft. Unsere Hoffnungen stützen wir auf die in Ostbevern tätige innovative, tüchtige und vor allen Dingen standorttreue Unternehmerschaft, der wir an dieser Stelle unseren Dank aussprechen.

Nun zu den gemeindlichen **Ausgaben**.

Mit unserem 1. Antrag zum Haushalt 2011, die Fraktionszuwendungen um 30 % zu kürzen, wollte die CDU-Fraktion ein Zeichen setzen und deutlich machen, dass sie auch für die politischen Gremien Sparzwänge sieht! Mehr nicht!

Wenn aber die SPD-Fraktion in einer Presseerklärung unter der Überschrift – „SPD will Aufwandsentschädigungen kürzen“ – den CDU-Antrag als lächerlich abstempelt und publikumswirksam rechtlich nicht durchsetzbare Anträge in Aussicht stellt, handelt sie unredlich. Dies – so unterstellen wir – geschah nicht aus Unwissenheit sondern purem Populismus, denn genau diesen Antrag haben die Grünen bereits vor Jahren gestellt. Dieser wurde vom damaligen Bürgermeister als rechtlich nicht durchsetzbar zurückgewiesen, da die Aufwandsentschädigungen landesrechtlich einheitlich geregelt sind.

Wir können der SPD nur empfehlen, nicht Anträge anderer Fraktionen abzuqualifizieren, sondern wirklich eigene zu stellen. Wie die heutige Diskussion zum Thema „Sportstätten“ gezeigt hat, schwingt sie sich dabei unautorisiert zum Sprachrohr des BSV auf. Peinlich!

Bei einer derartigen Haushaltssituation stehen rechtlich nur die freiwilligen Leistungen – nicht die Pflichtaufgaben – als Dispositionsmasse und Einsparpotenzial zur Verfügung. Kürzungen bei den Pflichtaufgaben gehen zu Lasten der Qualität!

Schnell war sich die CDU-Fraktion darüber einig, dass es kurzsichtig, aber auch im Interesse der Gemeinde unwirtschaftlich sei, die Sparaxt bei den Vereinen und Verbänden im sozialen, sportlichen und kulturellen Bereich anzusetzen. Hier laufen wir Gefahr, eine ehrenamtliche Infrastruktur zu zerschlagen bzw. in ihren Aktivitäten

einzuschränken, was erhebliche negative Nachteile für Ostbevern nach sich ziehen würde. Wir gehen sogar soweit, dass ein Wegbrechen dieser Vereinsinfrastruktur mittelfristig sogar Pflichtaufgaben bei der Gemeinde auslösen könnte, deren Kosten die heute anfallenden Zuwendungen um ein vielfaches übersteigen würden.

Wir sind auch davon überzeugt, dass die gerade geführte und auch von der CDU-Fraktion angestoßene Diskussion um die von der Verwaltung einseitig aufgekündigten Sachleistungen der Gemeinde zu einem allseits befriedigenden Ergebnis führt.

Dank an dieser Stelle allen ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern unserer Gemeinde für ihr Engagement für Ostbevern und der hier lebenden Menschen.

Auch war sich unsere Fraktion einig, für Instandhaltungs- Wartungs- und Pflegearbeiten für gemeindliche Immobilien nicht die Haushaltsansätze zu kürzen, da die Folgekosten zu lang hinausgezögerter Reparaturarbeiten in der Regel überproportional steigen und zu erheblichem Wertverlust führen können. Auch sehen wir die Ansätze für die Beseitigung von Winterschäden recht eng bemessen, so dass hier ein Ausgleich zu Lasten anderer Haushaltsstellen möglich gewesen wäre. Wenn die Grünen ihren Reduzierungsantrag für derartige Maßnahmen nachträglich auf Schönheitsreparaturen beschränkt haben, so sehen wir hierin nur Kosmetik durch Verschieben in die nächsten Jahre. Erfahrungsgemäß führen auch Schönheitsreparaturen – wie z. B. ein neuer Anstrich – zum Erhalt der Substanz, dienen somit dem Werterhalt und verhindern vielfach kostspielige Reparaturen. Wir stehen diesem Antrag nicht im Wege, sind jedoch gespannt auf das Praxisergebnis.

Ebenfalls werden die beschlossenen Kürzungen bei den Geschäftsaufwendungen von der CDU-Fraktion mitgetragen.

Den in 2011 geplanten Straßenbaumaßnahmen Großer Kamp und im Baugebiet Wischhausstraße stimmen wir zu. Viel Ärger hätte man sich beim Großen Kamp allerdings ersparen können, wenn gleich technische Notwendigkeiten als Begründung für unterschiedliche Bürgersteigbreiten oder die Klassifizierung der Straße entsprechend der gültigen Satzung ins Feld geführt worden wäre!

Die für 2011 und 2012 vorgesehenen Planungskosten für die Rathuserweiterung wurden auf unseren Antrag gestrichen, da wir die Realisierung einer Rathuserweiterung in den Jahren 2013 und 2014 für utopisch ansehen. Obwohl nach wie vor die Arbeitsvoraussetzungen im Rathaus verbesserungswürdig sind, können wir es uns nicht leisten. Der Rat ist unserer Auffassung gefolgt, und hat auch die Ansätze in der Finanzplanung mit jeweils 500.000 € gestrichen. Sicherlich ist es den „Ampelfraktionen“ nicht schwer gefallen, sich von ihrem „Wahlkampfprestigeobjekt“ kleinlaut zu verabschieden.

Umfangreiche Reparaturarbeiten am Dach und an der Heizung erfordern Untersuchungen, wie diese Mängel kostengünstig und zukunftsorientiert behoben werden können. Deshalb wird ein Betrag von € 10.000 im Haushalt allein zu diesem Zweck verbleiben. Laut Zusage des Bürgermeisters im HFA wird die Verwendung der Mittel vorher mit dem Rat abgestimmt und dient nicht als Einstiegsauftrag für eine erneute Planung zur Rathuserweiterung.

Für die CDU-Fraktion steht nach anfänglichen Befürchtungen einer Finanzierbarkeit fest, das Begegnungszentrum als Domizil fürs Jugendwerk zu bauen und somit die Mittel – Planungskosten für 2011 und Baukosten für 2012 – unverändert zu lassen. Die Finanzierung ist zu einem Großteil für die Gemeinde kostenneutral, da sie aus eingesparten Mietzahlungen und geringeren Nebenkosten aufgebracht werden kann. Dieser zentrale Standort am ehemaligen Umspannwerk wertet die Jugendarbeit in Ostbevern auf und verhilft ihr zu noch höherer Akzeptanz. Auch stehen wir bei den Jugendlichen im Wort, denn es darf nicht der Eindruck aufkommen, dass der Politik das „Boxsportzentrum“ wichtiger ist als unser Jugendwerk. Das Jugendwerk – übrigens auf Initiative der CDU gegründet – leistet hervorragende Arbeit; „QualiFighting“ im „Boxsportzentrum“ wird hier erst noch den Beweis antreten müssen. Schlagzeilen wie „Herr Doktor bittet zu Casting“ erinnern mehr an Dieter Bohlen oder Heidi Klum als an ein Projekt, das sich in erster Linie die Unterstützung lernschwacher Schülerinnen und Schüler aufs Papier geschrieben und dafür auch finanzielle Hilfe der Gemeinde erfahren hat. Lernschwäche ist auch ohne Casting zu erkennen!

Sicherlich ist das alte Sprichwort „Kleinvieh macht auch Mist“ sinngemäß auch auf die Haushaltssituation in Ostbevern anzuwenden. Damit sind leider nicht die schon aufgezeigten Haushaltsdefizite zu bekämpfen und die für Ostbevern lebenswichtigen Zukunftsinvestitionen, wie z. B. die Westumgehung, ebenfalls nicht zu finanzieren. Auch die Erschließung neuer Baugebiete, z. Z. aktuell Kohkamp II und Wischhausstraße, und die daraus resultierenden Erträge aus Grundstücksverkäufen sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Den Grünenantrag auf Erhöhung der Grundstückspreise lehnen wir ab, da sie aus Vertrauensschutzgründen für Kohkamp II nicht mehr greifen können und unserem Werben um junge Familien abträglich sein würden. Diese Erträge waren ursprünglich dazu gedacht, die durch den Einwohnerzuwachs zusätzlich benötigte Infrastruktur zu finanzieren.

Die CDU-Fraktion steht zu den angesprochenen Vorhaben, denn sie wurden noch zu Zeiten unserer viel gescholtenen absoluten Mehrheit auf den Weg gebracht. Der Westumgehung kommt nach dem Autobahnanschluss des FMO noch höhere Priorität zu, da mit einem erhöhten Verkehrsaufkommen zu rechnen ist.

Auch sollte man nicht dem Trugschluss erliegen, mit dem Veräußerungsgewinn von Grundstücken – insbesondere aus der Substanz ehemaliger Kinderspielplätze – die Gemeindefinanzen dauerhaft zu sanieren. Verkaufen kann man nur einmal!

Nach Überzeugung der CDU-Fraktion müssen vorrangig großvolumige Haushaltsspositionen durchleuchtet werden, bei denen Einsparungen mit Langzeitwirkung erreicht werden. Deshalb hat unsere Fraktion die mit insgesamt ca. 3,0 Mio. € bezifferten Personalaufwendungen und die damit im Zusammenhang stehenden Fremdleistungen für Planungs-, Gutachter- und Beraterhonorare auf den Prüfstand gestellt. Leider lassen sich mit diesem „Aktionsfeld“ aus arbeitrechtlichen und auch organisatorischen Gründen nicht schon in diesem Haushalt Kostensenkungen erreichen. Aber es müssen Ziele und Konzepte entwickelt werden, die es ermöglichen, Fremdleistungen durch Eigenleistung zu substituieren. Auch müssen alle in der Verwaltung anfallenden Aufgaben kritisch durchleuchtet und hinterfragt werden, um aus den Erkenntnissen die organisatorisch notwendigen Entscheidungen abzuleiten.

Wir verstehen unseren Antrag zur Erstellung einer „Stellen- und Aufgabenanalyse“, die bereits von der Verwaltung vorgelegt wurde aber noch Nachbesserungs- und Diskussionsbedarf erfordert, als Angebot zur Unterstützung seitens unserer Fraktion. Der Bürgermeister hat in Personalfragen unbestritten die „Organisationshoheit“. Deshalb sehen wir Sie, Herr Bürgermeister, in der Pflicht, ihre Verwaltung so effizient und den heutigen Anforderungen entsprechend aufzustellen, dass auch komplexe Projekte verantwortlich abschließend – d. h. ohne fremde Unterstützung – in der Verwaltung bearbeitet werden können.

Wie notwendig eine Stellenanalyse ist, macht auch die Tatsache deutlich, dass in den Haushaltsberatungen nur deswegen keine eindeutigen Antworten auf unsere Fragen zu Personalaufwendungen einzelner Produkte gegeben werden konnten, weil vom Stelleninhaber noch keine abschließende Stellenbeschreibung gefertigt wurde. Ein Unding! Nach meinem persönlichen Verständnis als langjähriger verantwortlicher Personalleiter eines Industriebetriebes gehört die Stellenbeschreibung an den Anfang. Sie ist eine wesentliche Entscheidungshilfe bei der Installation einer neuen Stelle und Garantie dafür, dass der Verantwortliche, hier der Bürgermeister, die Notwendigkeit zur Schaffung einer neuen Stelle beurteilen und über die Inhalte aller Stellen jederzeit Auskunft geben kann.

Wir haben mit unseren konkreten Anträgen den Beweis angetreten, dass im Personalmanagement der Gemeinde noch Verbesserungspotenzial vorhanden ist. Wenn Sie, Herr Bürgermeister etwas zur Chefsache erheben und in den Beratungen entsprechende Beschlüsse gefasst werden, müssen Sie auch dafür sorgen, dass der Mitarbeiter mit annähernd gleichem Aufgabenprofil, nicht nur als „schmückendes Beiwerk“ fungieren sondern mit qualifizierten Aufgaben für Ostbevern nutzbringend eingesetzt wird.

Bei einem Kostenvolumen bei Personalaufwendungen und Fremdleistungen von insgesamt 3.0 Mio. € dürfte das Einsparpotenzial nach unserer Einschätzung mittelfristig bei mind. 10 % liegen, dass sozialverträglich durch Nutzung natürlicher Fluktuation erreicht werden kann. Die Zustimmung zu zukünftigen Haushalten sehen wir in enger Abhängigkeit mit einer Umstrukturierung der Verwaltung, die es ermöglicht, auf viele Fremdleistungen zu verzichten. Als Lohn für Erreichung des Einsparzieles winken geringere Aufwendungen in Höhe von mindestens 300.000 € pro Jahr, die uns nachhaltig helfen, den Karren Gemeindefinanzen wieder flott zu machen.

In diesem Zusammenhang ist es uns wichtig, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung zu versichern, dass unser Ansinnen nichts mit Ihren gezeigten Leistungen und Ihrer Leistungsbereitschaft zu tun hat. Wir schätzen Ihre Leistungen und Ihr Engagement und danken Ihnen dafür. Gleichzeitig bitten wir aber auch aufrichtig um Ihr Verständnis für die wirtschaftliche Situation der Gemeinde und die sich ständig verändernden Rahmenbedingungen, die in den nächsten Jahren nicht nur für Sie, sondern für alle Mitbürgerinnen und Mitbürger Veränderungen mit sich bringen werden.

Meine Damen und Herren,

in unserer Haushaltsrede 2010 fügten wir abschließend aus: „Der Haushalt 2010 ist in der Realität angekommen. Projekte, die Mitte 2009 von SPD, Grünen und FDP noch als finanzierbar angesehen wurden, mussten aufgegeben, aufgeschoben oder umgestaltet werden“. Es ist noch schlimmer geworden! Wir geben zu, die Belastungen von außen geben uns den Rest. Aber auch ohne diese Einwirkungen ist die Luft sehr eng geworden. In meiner mehr als 20 Jahre währenden Ratstätigkeit habe ich eine derartige Situation noch nicht erlebt. Zur Sicherung der Liquidität müssen Darlehen aufgenommen werden und Finanzmittel aus Tochtergesellschaften ins Gemeindefiskus zurückgeholt werden. Ist das der Anfang, Herr Bürgermeister, jetzt das eingangs zitierte Tafelsilber zu verfrühstücken?

Der Haushalt 2011 verbreitet keine Freude und noch bedrückender sind die Aussichten auf 2012 und die folgenden Jahre. Es wäre für uns ein Leichtes zu sagen, wir haben vor der Wahl die Risiken aufgezeigt aber die Ampel hat diese Warnungen als Verunglimpfung mit dem Ziel in den Wind geschlagen, mit aller Gewalt die absolute Mehrheit der CDU zu brechen. Nachdem ihr das gelungen ist, muss sie jetzt auch mit den unangenehmen Folgen der rechnerischen „Ampelmehrheit“ klar kommen.

Dies ist jedoch nicht die „Denke“ der CDU. Sie steht nach wie vor zu ihrer Verantwortung als stärkste politische Kraft in Ostbevern. In den Haushaltsberatungen haben wir durch eigene Anträge und im Dialog mit anderen konstruktiv Ergebnisse im Interesse unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger herbeigeführt, die fast alle auf der Linie der CDU liegen. Unsere Position zu den Personalaufwendungen und damit eng verknüpft die sog. Fremdleistungen haben wir gegenüber dem Rat und der Verwaltung deutlich gemacht. Dieses Anliegen werden wir vehement weiter vorantreiben. Auch wenn sich unser Engagement zu diesem Thema in diesem Jahr noch nicht haushaltspolitisch in barer Münze auszahlt, erwarten wir vom Bürgermeister, noch in diesem Jahr ein Personalkonzept für die nächsten Jahre vorzustellen, das unsere Vorstellungen berücksichtigt. „Geht nicht, gibt's nicht!“

Wir tragen – und betrachten Sie es, Herr Bürgermeister, bitte auch als „Vorabbonus“ für noch zu erbringende Leistungen – den Haushalt 2011 mit, sagen aber deutlich, ohne spürbare Bewegung in Personal- und Fremdleistungsfragen können Sie zukünftig nicht auf die CDU-Fraktion zählen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Sperrfrist: Donnerstag, 10. März 2011, 18.00 Uhr

- Es gilt das gesprochene Wort -